ZECK

Das Flora Info



Nummer 12, März 1993

1 Jahr ZECK

INHALT

Floristin für Wohnboutique in HH 54 gesucht, geregelte Arbeitszeit, gute Bezahlung - auch Aushilfen auf 500,- DM-Basis; 56 48 14
Floristin sofort oder später gesucht. Blumen Köhnke, Norderstedt, Tel. 527 71 11

Der Senat ist Doohv -

Wir sind Gut !

KONTAKTADRESSE:

ZECK
c/o ROTE FLORA
SCHULTERBLATT 71
2000 HAMBURG 36

STÄNDIGE TERMINE IN DER ROTEN FLORA

Mo 17.00 - 20.00 Motorradgruppe
Di 16.00 - 18.00 Veranstaltungsgruppe Sprechstunde
20.00 Radio St.Paula (Plenum, nur für Frauen)
jeden 1. Dienstag im Monat offenes Treffen der Antifa- Schanzenviertel
Mi 16.00 - 20.00 Häusercafé
Do 16.00 - 21.00 Info-Café
19.00 Vokü
17.00 - 19.00 Druck-Offset-Gruppe
Fr 19.30 Vokü
Sa 16.00 -19.00 Fahrrad- Selbsthilfe
So 19.00 Vokü
alle 14 Tage vegane Vokü

Menschen/Gruppen, die Artikel bei uns veröffentlichen wollen, können diese jeweils bis zum ***15. des Vormonats*** am Flora-Tresen abgeben.
Wir sind froh, über jeden Artikel, den wir nicht selber schreiben müssen, damit keine Fehler aus Zeitdruck oder Informationsmangel entstehen!

Das Flora Info Nummer 12, März 1993

Im Ghetto was Neues...



Anfang Februar haben wir der Öffentlichkeit Pläne von Architektinnen vorgestellt, nach denen ein Kindertagesheim sowohl mit 40, als auch mit 60 Kindern problemlos und nach den geltenden Richtlinien in einem Anbau neben der Flora untergebracht werden kann. Uns würde kein Raum genommen.
Die STEB hat auf unseren Kompromißvorschlag in keiner Weise reagiert, was eindeutig heißt, daß sie diesen ablehnen. Dies zeigt noch einmal was eh schon allen klar ist: Es geht nicht die Bohne um Kinderbetreuung, sondern nur darum, uns zu bekämpfen, uns einzuschränken. Sonst würde die Stadt unseren Vorschlag annehmen, da damit auch dem angeblichen Interesse der Stadt, Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, Rechnung getragen wird.
Nach wie vor gilt für uns, daß die optimale Lösung wäre: Die Flora uns, kein Anbau und Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen in anderen dafür zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, die jedoch immer wieder gemäß den Interessen des Kapitals an kommerzielle Investoren vergeben werden.
Unser Vorschlag mit dem Anbau ist ein politischer Kompromiß, den wir in einer festgefahrenen Verhandlungssituation aus der Erkenntnis heraus gemacht haben, daß ohne Kompromisse die Flora nicht zu halten ist.



Wir lehnen den von der Stadt gemachten Vorschlag (mit Anbau und dem halben ersten Flora-Stock weg) ab. Es gibt keinen einzigen Grund, sich auf diesen Vorschlag einzulassen, er ist weder sinnvoll noch notwendig. Für den Senat gibt es einen alles bestimmenden Grund: unser Kniefall soll erzwungen werden.

Dieser Vorschlag wird von der STEB und dem Bezirk Altona in der Öffentlichkeit als Kompromiß zwischen der Stadt und Flora dargestellt.
Noch einmal: Es gibt keinen Kompromiß, es gibt keinen von beiden Seiten akzeptierten Verhandlungsstand, keiner der im Senat zur Entscheidung stehenden Vorschläge wird von uns mitgetragen, alle sind in ihrer Konsequenz gegen uns gerichtet, weil sie alle bedeuten, daß uns benötigter Raum genommen wird.

Für uns heißt das, daß wir uns den Gedanken, unsere Vorstellungen am Verhandlungstisch durchzusetzen, endgültig abgeschminkt haben.
ROTE FLORA BLEIBT SO WIE SIE IST- DAS BEDEUTET, SIE MIT VIELEN MENSCHEN, AKTIONEN, IDEEN UND VIEL, VIEL POWER DURCHZUSETZEN.

HÄNDE WEG VON DER ROTEN FLORA!!!!

Eine genauere Einschätzung und mehr Infos findet Ihr im neuesten Flora-Flugblatt.

Wir drucken im folgenden das Flugi der Radikalen S(cheiße) Gruppe zu dem neuen Obdachlosen-Projekt in der Flora ab.
Dieses Flugi beginnt mit einer Bezugnahme auf ein anderes Flugi der Gruppe.
Wir finden die Darstellung dazu falsch, denn das Flugblatt sorgte nicht wegen seiner "Kritikpunkte" Für Aufregung, sondern hat viele Flora-Leute wütend gemacht, weil einige inhaltliche Falschaussagen dort abgedruckt waren. Es gab dann ein Treffen zwischen den Leuten vom Flora-Plenum und der RS-Gruppe, bei dem von der Gruppe zugegeben wurde, daß es sich zum Großteil um Gerüchte handelte, die dort aufgeschrieben und abgedruckt worden sind. Daß das kein Umgang sein kann, steht nach wie vor fest.
Ein Kritikpunkt der Gruppe war, daß die Flora trotz in der Nacht leerstehender Räumlichkeiten, keine Obdachlosen dort schlafen läßt. Ein Grund dafür ist, daß es Leute geben müßte, die sich um solch eine Betreuung kümmern. Dieses hat jetzt die RSG übernommen.

NEUES PROJEKT in der FLORA: "SLEEP IN"

Kurzfassung für Prosa-Fans:
"Sleep In"
Ein Bett im Kornfeld
kost kein Geld
aber wenn's saukalt ist
und höllisch pißt
gehen Frau wie Mann
zu Flora nebenan

Bist du dort zu allen nett
kriegst du gleich ein schönes Bett
morgens gibt's Tass' Tee Tass' Kaff'
umsonst! da biste baff
hat es Freude dir gemacht
sehn wir uns die nächste Nacht!

(Die schrecklichen DichterInnen der R.S.G.)

AM ANFANG WAR DAS FLUGBLATT...
... welches für viel Aufregung aufgrund seiner Kritikpunkte in der Szene gesorgt hat. Doch wir wollen nicht nur "anpissen", sondern als Gruppe aktiv ein eigenständiges Projekt durchführen. Oberstes Anliegen von uns war, etwas gegen die wachsende Obdachlosigkeit zu unternehmen. Ausschlaggebend waren Berichte in den Medien über obdachlose Frauen, die sich oftmals prostituieren müssen, um sich einen warmen Schlafplatz für eine Nacht zu "verdienen".
Die klassischen Obdachlosenunterkünfte (Pik Ass, Herz Ass, Warm Und Trocken...) bieten den wohnungslosen Frauen keine vernünftige Alternative, da sie auch dort durch den herrschenden "Männerüberhang" vor Übergriffen und Anmache auf ihre Person nicht geschützzt sind.

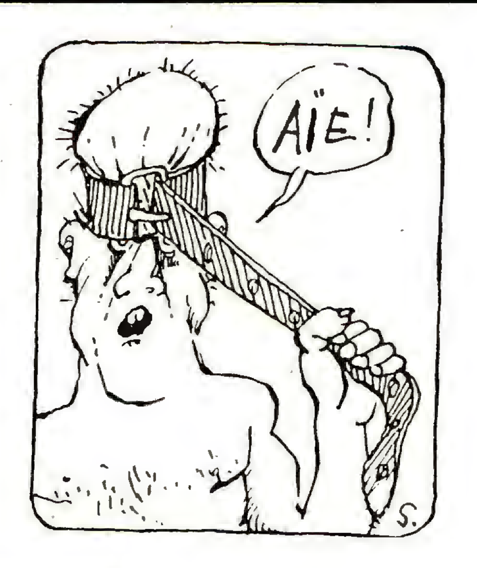
Die Räumlichkeiten in der Flora bieten nachts, da sie leer stehen, die Möglichkeit, einen separaten Frauenraum einzurichten sowie einen "gemischten" für Frauen und Männer. Um Zwischenfällen jeglicher Art vorzubeugen, stehen die ganze Nacht zwei Leute als AnsprechpartnerInnen bereit, die auch für die Beheizung der Schlafräume zuständig sind.

Obdachlose "Problemfälle" ("Narkosesäufer", Junkies) können leider nicht bei uns übernachten, da keine ausreichende medizinische Versorgung unsererseits gewährleistet werden kann. Für diesen Fall werden den Betroffenen Info-Materialien kostenlos ausgehändigt mit den für sie in Frage kommenden Anlaufstellen (Palette, Kodrobs, Projekt Jork...)

Bis spätestens 1.00 Uhr müssen die Obdachlosen in der Flora sein. Danach ist Nachtruhe angesagt! Aus Sicherheitsgründen und aus Rücksicht auf NichtraucherInnen darf in den Schlafräumen nicht geraucht werden (selbstverständlich gilt dieses Verbot auch für Alkohol!).

Da die "Schlafsäle" tagsüber anderweitig genutzt werden, müssen die ÜbernachterInnen um 9.00 Uhr in der Frühe die Räume verlassen. Sie sind auch selber verantwortlich, Ihren Schlafplatz sauber zu hinterlassen (Die jeweils zuständige "Nachtwache" kontrolliert natürlich nochmals nach!)

Morgens wird unentgeldlich Kaffee und Tee ausgeschenkt . Wir beabsichtigen in nächster Zeit auch Frühstück anbieten zu können. Allerdings sind wir auf Hilfe aus der Bevökerung und der Geschäftsleute angewiesen, **da wir jede Art staatlicher Subvention ablehnen.**



ABSOLUT DRINGEND GEBRAUCHT WERDEN:
-Spinde und Schlösser!
-Heizöl und Briketts!

DRINGEND BENÖTIGEN WIR:
-Kaffee, Tee, Zucker, Milch
-Lebensmittel (Außer Fisch, Fleisch und Wurst!)
-Desinfektions- und Putzmittel
Schrubber, Besen, Putzeimer, Feudel
-Einweghandschuhe und -Tücher
-Toilettenpapier, Mülltüten, Verbandszeug

Die Spenden werden von uns abgeholt! Die dadurch entstehenden Benzin- bzw. die von uns vorabfinanzierten und noch laufenden Materialkosten müssen gedeckt werden. Deshalb sind wir auch auf Geldspenden angewiesen, **denn ohne Unterstützung stirbt das Projekt "SLEEP IN" und wieder ein Obdachloser!**

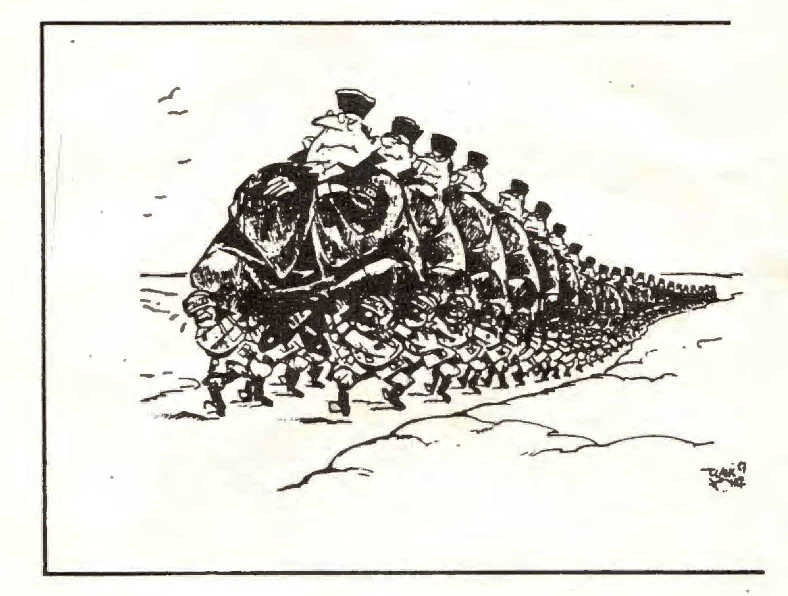
Wendet Euch an die:
RADIKALE S. GRUPPE
SARTORIUSSTR.12
2000 HAMBURG 20

Tel: 040/491 30 85
Fax: 040/491 26 38



ROSENMONTAG IN ITZEHOE

Wer hätte das gedacht? Roitsch von Almeloe in ihrer Funktion als Staatsanwältin plädiert auf Freispruch. Aber Freispruch ohne Haftentschädigung und Kostenerstattung.
Freispruch, obwohl sie zutiefst in ihrer eigenen inneren Überzeugung an die Schuld der Angeklagten glaubt. Die Beiden seien die Einzigen, die wüßten, was am 29.7.91 in Pinneberg geschah. Mit der Schuld, die sie auf sich geladen hätten, müßten sie in Zukunft leben.
Man habe sich gemeinsam durch die 56 Prozeßtage gequält, sei von der Kammer immer wieder behindert worden, die Wahrheit und Gerechtigkeit ans Licht bringen zu können.
Ihre Beweißanträge seien immer abgeschmettert worden (deswegen stelle sie jetzt auch keine mehr), und das, obwohl die vier Hauptbelastungszeugen durchaus glaubwürdig seien.
Große Teile des Urteils seien skandalöser Weise schon vor ihrem Plädoyer fertiggestellt; man könne sich eigentlich alles sparen, eine Beweisführung nütze ja auch nichts mehr und außerdem immer diese Sprechchöre... und die Kammer greift niemals ein... jammer, heul, schluchtz... also, gegen die eigene Überzeugung: Freispruch!



Und vor allem: Einer der Verteidiger hätte ja mal im Prozeßverlauf gerufen: "Herr Vorsitzender, es geht hier ja gar nicht um Wahrheit und Gerechtigkeit, das Ganze ist eine Machtfrage. Und die werden wir gewinnen!" Das sei ein absolut symptomatischer Ausspruch in diesem zur Farce verkommenen Prozeß, die Kammer hätte sich ja wohl auch entschieden, dem Unrecht nachzugeben... Bla Blupp
Das ganze Spektakel dauerte ca. 7 1/2 Minuten, damit war der Prozeßtag dann gelaufen.
Vermutlich hatte Roitsch eine Weisung bekommen, noch irgentwie das Ruder rumzureißen.
Eine Revision kann eigentlich nicht im Interesse der Staatsanwaltschaft sein - die Gefahr, daß noch mehr Teile des Konstrukts offenbar werden, ist relativ groß...das könnte für sie doch noch einmal unangenehm werden.
(Eine differenzierte Einschätzung dazu gibts demnächst)
Es wird jetzt also ziemlich sicher einen Freispruch geben.
Einen Freispruch, der behauptet, die Bullen hätten sich geirrt, Ralf und Knud sei die Tat nicht ausreichend nachzuweisen.
Im Grunde ist das Konstrukt inzwischen politisch demontiert, aber noch längst nicht aufgeklärt.

Die Urteilsverkündung ist dann am 8.3., 9.30 in Itzehoe, Abfahrt: 8.00 Sternschanze.Abends gibts 'ne Paty in der Flora

P.S.Wir fordern die vollständige Herausgabe aller Akten und die Offenlegung aller Vorgänge!
Wir fordern die Erstattung der entstandenen Kosten sowie Haftentschädigung

P.P.S.Am).9.3., 19.00 gibts im Volxhaus, Feldstraße, das nächste Bündnistreffen zur Durchsetzung der folgenden Forderungen:
- Rücktritt von Hackmann
- Auflösung der Sondereinheiten und der E-Schicht

Das soll in einer großen Kampagne gelingen, in der alle von der Repressionspolitik betroffenen Initiativen und Menschen ihre Erfahrungen veröffentlichen. Es soll Veranstaltungen geben,Plakate, Aktionen, Rock gegen Cops, Demo, Parlamentarische Untersuchungsausschüsse etc.
Wer Interesse und Ideen hat, 'soll kommen und mitmachen!!
ES GIBT VIEL ZU TUN, SCHAFFEN WIR DIE SCHERGEN AB.!



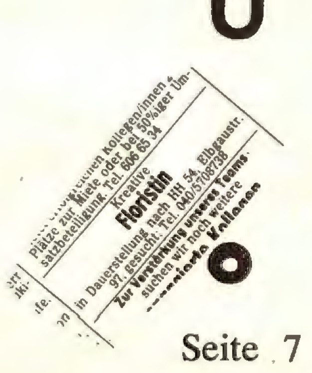
P.P.P.S.Auf dem Treffen sind bislang Gruppen von Flora über Volxhaus, Pax Christi, Anti-Ra-Telefon bis zu den Kritischen Polizisten (Wie jetzt "Schaffen wir die Schergen ab!"??? Der Tip-Zeck) und GAL vertreten.

P.P.P.P.S.UND TSCHÜSS!!!

Soligruppe Ralf und Knud



Am 6.2.93 fand in Halstenbek-Krupunder gegen die dort ansässige Bundesgeschäfts -stelle der FAP eine Demo statt (vgl. ZECK Nr.11). Die Demo war mit 1200 Personen für die Umstände, unter denen sie stattfand (Regen,"weit draußen") recht kraftvoll und gut besucht. Steckenweise war sie auch immens autonom (siehe Foto).



SPRACHLOSES EXIL

Photoausstellung über Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Hamburg

Sprachloses Exil

Die bundesdeutschen und die Hamburger Medien sind voll von warnenden und bedrohlichen Darstellungen über den nicht absehbaren "Strom" von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisengebieten, aus den von Hunger und Massenelend gezeichneten Regionen der Welt. Entsprechende Bilder und Berichte flimmern täglich ins Wohnzimmer. Politiker, Behörden, Wohlfahrtsverbände beschwören ein Szenario, wonach die bundesdeutsche Gesellschaft sich schützen muß vor dem Ansturm anonymer Massen, die das innere Gleichgewicht in Deutschland ernsthaft gefährden könnten. Für diesen Schutz sei jedes Mittel recht.

Blickwechsel

In Hamburg existieren seit über zehn Jahren Flüchtlingslager, auch Asylbewerberunterkunft, Wohnheim, Gemeinschaftsunterkunft, Sammellager, Aufnahmeeinrichtung, Container- bzw. Pavillondorf genannt. Was sich tatsächlich hinter diesen - meist nur aus der Zeitung oder dem Fernsehen bekannten - Bezeichnungen verbirgt, weiß kaum jemand.
Die wenigsten Hamburgerinnen und Hamburger wissen, wie die konkrete Wohn- und Lebenssituation von Menschen aussieht, die zum Teil erst seit Jahren, zum Teil erst seit wenigen Tagen in Hamburg leben, wohin sie oft traumatische Verfolgungs-, Kriegs- und Fluchtschicksale verschlagen haben. Hier erwartet diese Menschen dann eine Situation, in der sie deutlich jeden Tag zu spüren bekommen, daß sie nicht erwünscht sind, daß ihre Lebensgeschichten und die daraus erwachsenden Leiden nicht ernst genommen werden, daß sie auf Distanz zur deutschen Bevölkerung gehalten werden, daß sie nicht als Personen zählen, sondern zu einer anonymen und mißtrauisch bis feindlich betrachteten Masse der Flüchtlinge.

Der Schock, den es für viele bedeutet, sich von heute auf morgen in einer fremden Gesellschaft zurechtfinden zu müssen, wird noch vertieft, wenn sie den behördlichen Irrgarten von Auflagen, Terminen, Warten auf Entscheidungen, Zuweisungen, Anweisungen, Verboten betreten.
Das, was vielen zunächst als Anfangsschwierigkeiten erscheint, wird für die allermeisten zum oft jahrelangen Alltag der



Abhängigkeit, Entmündigung, Verunsicherung, Bedrohung und Ausgrenzung.

Zur Ausstellung

Wir haben Photos unter verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten zusammengestellt.
Die Photos vermitteln einen Ausschnitt aus den Sonderbedingungen, die den Alltag von Flüchtlingen in Hamburg bestimmen: die rechtliche Situation, die Konsequenzen, die sich daraus in Bezug auf Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten ergeben, die ständige Abhängigkeit von Behördenhandeln, die Einschränkungen der Bewegungs- und Betätigungsmöglichkeiten, Armut und nicht zuletzt Wohnbedingungen, die das Verhältnis zu anderen Flüchtlingen und zum gesamten Umfeld zumeist negativ prägen.

Wir haben einen besonderen Schwerpunkt auf die Wohnsituation gelegt, weil wir denken, daß hier am deutlichsten wird, wie die gesellschaftliche Stigmatisierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen festgeschrieben wird, und zwar
- als gesellschaftliche und finanzielle "Belastung" für die BRD (hohe Sozialhilfe- und Unterbringungskosten
- als gesellschaftliche Randgruppe, die nur Schwierigkeiten hat und macht (die Folgen des Zwangs, in großen Gemeinschaftsunterkünften leben zu müssen)
- als scheinbar homogene Gruppe der "Fremden", von denen sich die ansässige Bevölkerung distanziert und damit die vorgesehenen Verschärfungen der "Sonderbehandlungen" von Flüchtlingen legitimiert (wie die geplante Internierung in noch größeren Sammellagern von allen neu ankommenden Flüchtlingen).

Unser Anliegen

Wir wollen die betroffenen Menschen als Individuen in den Blick rücken, die Teil des sozialen Lebens in dieser Stadt sind. Die kritische Darstellung der bestehenden Verhältnisse kann vielleicht die Sicht freimachen für Überlegungen und praktische Alternativen, wie der Umgang mit Flüchtlingen im Sinne eines Zusammenlebens gestaltet werden kann. Voraussetzungen sind jedoch dafür nachbarschaftliche Interessen und ein Verantwortungsbewußtsein, das von dem grundsätzlichen Anspruch aller auf menschenwürdige Lebensbedingungen getragen wird.

Arbeitsgruppe Haus für Alle und Antirassistisches Telefon Hamburg
in Zusammenarbeit mit den Photographinnen Claudia Thoelen, Cordula Kropke und Marily Stroux

ROTE FLORA 15.MÄRZ BIS 2.APRIL, 16-22 UHR

Ausstellungsbegleitende Veranstaltungen in der Flora

15.03. Ausstellungseröffnung, Diskussion zur Unterbringung und Lebenssituation von Flüchtlingen **18 Uhr**

16.03. "Gelem - Gelem - Wir gehen einen langen Weg"
Dokumentarfilm und Diskussion zum Kampf der Roma um ein dauerhaftes Niederlassungsrecht in der BRD **19 Uhr**

18.03 Veranstaltung mit VertreterInnen des AK Asyl zum sogenannten "Asylkompromiß" **19:30 Uhr**

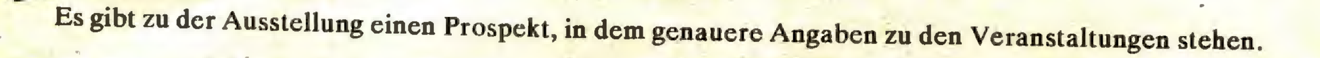
21.03. Antifa- Cafe mit BerlinerInnen zum Buch "Drahtzieher im braunen Netz" **15 Uhr**

23.03. "Helden für Deutschland"
Film über die organisierte Rechte in der BRD **19 Uhr**

26.03. Veranstaltung zu Organisation & Wirken der Neuen Rechten in Hamburg **19:30 Uhr**

28.03. Diskussion mit VertreterInnen einer Initiative aus Altona, die sich für die Unterbringung von Flüchtlingen im leerstehenden ehemaligen "Elektrolux"-Gebäude einsetzt **16 Uhr**

30.03. "Wie andere Neger auch"
Film über eine afrikanische Ethnologin, die ihre Forschungen in der BRD betreibt **19:30 Uhr**



Es gibt zu der Ausstellung einen Prospekt, in dem genauere Angaben zu den Veranstaltungen stehen.

Art. 16a GG und das neue Asylverfahrensgesetz

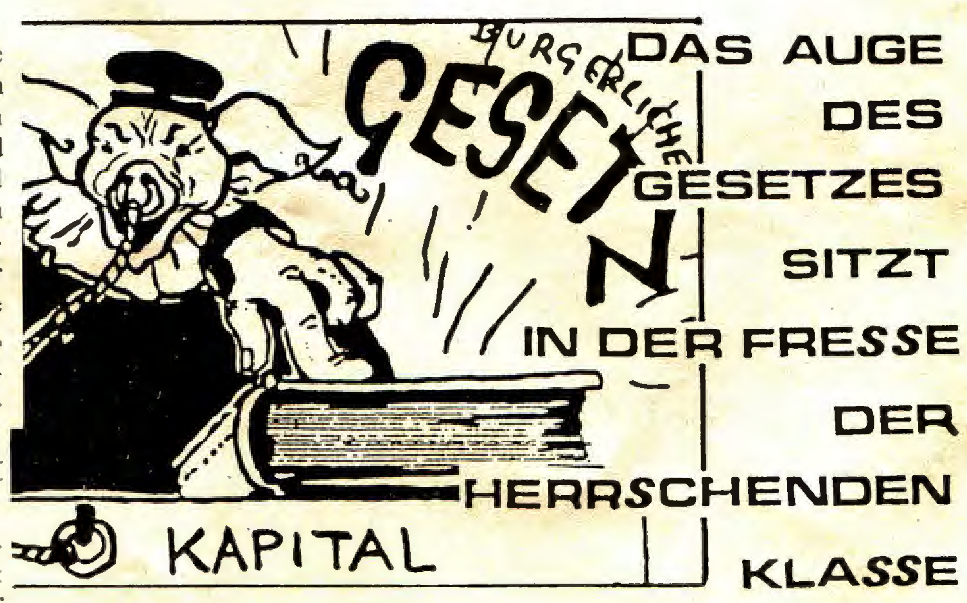
Mit der Einführung des neuen Grundgesetzartikels 16a wird die Möglichkeit eröffnet, Flüchtlinge bereits an der Grenze abzuschieben, soweit sie aus sogenannten sicheren Drittländern kommen; die Rechtsmittel hiergegen werden abgeschafft bzw. auf ein Minimum reduziert - "Näheres regeln die Gesetze"; hierzu im folgenden einige Informationen zum geplanten Asylverfahrensgesetz und Asylbewerberleistungsgesetz.

Am 5.3.93 wird der Entwurf zur Änderung des Asylverfahrens- und des Ausländergesetzes in den Bundestag eingebracht.Ein wesentlicher Bestandteil des neuen Gesetzes sind die Regelungen über die sicheren Drittländer, die Länder also in denen es angeblich keine politische Verfolgung gibt. Hierzu sollen zählen alle EG-Länder, Österreich, die Schweiz, die Tschechische Republik und Polen; alle Menschen aus diesen Ländern und die, die diese Länder auf ihrer Flucht nach Deutschland passiert haben, haben keinen Anspruch auf Asyl und werden umgehend abgeschoben. Die CDU möchte noch die Slowakische Republik, Ungarn und die Skandinavischen Länder zu "sicheren Drittländern" erklären. Selbst die Türkei war schon im Gespräch. §34 Asylverfahrensgesetz: Die Verwaltungsgerichte dürfen die o.g. Abschiebungen nicht mehr "im Eilverfahren einstweilig" aussetzen. So auch Abs." des neuen Grundgesetzartikels 16a (noch nicht rechtskräftig).

Sämtliche Flüchtlinge, auch die bereits an der Grenze Abgewiesenen, müssen sich erkennungsdienstlich behandeln lassen gem. §18 des neuen Gesetzes. Auf diese Weise wird ein neuer Einreiseversuch unmöglich gemacht.
In Beratung befindet sich z.Zt. noch ein Asylbewerberleistungsgesetz. Danach sollen die Flüchtlinge neben einem Barbetrag von DM 100,-- monatlich für persönliche Bedürfnisse incl. Gesundheits- und Körperpflege nur noch Sachleistung erhalten bzw. einen Gutschein über DM 330,-- monatlich. Der normale Sozialhilfesatz für Nicht-Asylbewerber beträgt in Hamburg z.Zt. DM 509,-- dazu kommen alle möglichen einmaligen Leistungen wie Bekleidung, Renovierungskosten usw. und verschiedene Mehrbedarfsmöglichkeiten für z.B. Ernährung, Alter, Alleinerziehende usw..

An welchen Punkt des Asylverfahrens auch immer bekannt wird, das der Flüchtling aus einem oder über ein "sicheres Drittland" gekommen ist, wird umgehend der Asylantrag abgelehnt und abgeschoben (§§ 19, 24 und 31).
Um den Reiseweg zu überprüfen, darf das Gepäck des Flüchtlings durchsucht werden; wird dabei z.B. eine Bahnfahrkarte aus Polen gefunden, ist die Abschiebung fällig.
Künftig soll die Ablehnung des Asylantrages der o.g. Personengruppe nur zusammen mit der (unmittelbar vollziehbaren) Abschiebeanordnung zugestellt werden; Rechtsmittel dagegen können nicht mehr eingelegt werden.

§ 30 des neuen Asylverfahrensgesetzes nennt zahlreiche Tatbestände, bei denen ein Asylantrag als "offensichtlich unbegründet" eingestuft wird und der Flüchtling somit umgehend abgeschoben wird: Falsche Angaben über Identität und Staatsangehörigkeit, falsche oder gefälschte Beweismittel, falsche Angaben über "Wohnsitze, Reisewege und Aufenthalte in anderen Staaten", usw...



NEUE HAUSORDNUNG

Bundestagsblockade gegen die Abschaffung des Rechts auf Asyl

Das Wechselspiel zwischen Regierenden und Regierten hat in den vergangenen zwei Jahren prächtig geklappt. Bis Rostock und Mölln waren es die Pogrome und alltäglichen Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen, die angefeuert vom Applaus der Staatsbürger und Staatsbürgerinnen den gesetzlichen und administrativen >>Handlungsbedarf<< zur Verschärfung der Asylbestimmung legitimierten. Wenn jetzt die große Koalition aus CDU/CSU, FDP und SPD mit der Einführung des Artikels 16a die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durchsetzt, dann macht sie dies in dem sicheren Bewußtsein, damit im nationalen Konsens zu handeln. Darüber dürfen auch die allenthalben stattfindenden Lichterketten nicht hinwegtäuschen. Die >>anständigen Deutschen<<, die um das Image ihres Landes in der Welt besorgt sind, setzen mit ihren Kerzen und Fackeln ein Zeichen. Die Welt soll sehen, daß >>die Deutschen<< keine RassistInnen sind. Praktisch aber werden die Lichterketten als Zeichen verstanden, das >>Asylproblem<< lieber administrativ als mit roher Gewalt zu >>lösen<<. Und wie die jahrelange Forcierung einer öffentlichen Diskussion über das Phantom >>Asylproblem<< gibt auch dessen >>Lösung<< auf administrativem Wege wiederum den Hetzern und Totschlägern recht.

KÜNDIGEN WIR DEN NATIONALISTISCHEN KONSENS AUF!

In der Spannbreite vom Eintreten in ein Einwanderungsgesetz bis zum unmißverständlichen >>Grenzen zu<< formulieren die im Parlament relavanten Parteien lediglich einen nationalistischen Konsens zur >> Lösung des Zuwandererproblems<<. Selbstverständlich sollen dabei staatliche Stellen darüber befinden, ob jemand politisch verfolgt ist, oder nicht, in Not ist oder nicht. Es geht um Regulationsmacht und administrative Kontrolle über die geflohenen Menschen.

Wir wenden uns gegen jegliche Auslesekriterien, mit denen Menschen, die in diesem Land leben wollen oder müssen, der Aufenthalt verweigert wird. Ohne zeitliche Begrenzung oder räumliche Einschränkung, ohne die in Asyl- und Ausländergesetzen festgeschriebenen entwürdigenden Prozeduren soll jede und jeder hier leben können. Gegen die Abschottung Deutschlands ist die außerparlamentarische Opposition die einzig mögliche Form der politischen Intervention. Gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts und zur Aufkündigung des nationalistischen Konsens rufen wir deshalb am Tag der dritten Lesung des Artikels 16a Grundgesetz, dem Tag der Abstimmung, zur Blockade des Bonner Bundestages auf.



KOLLEKTIVES VERGESSEN

Als am 21. Januar im Bundestag die 1. Lesung des Artikels 16a über die Bühne ging, konnten die Stoibers, Kloses, Seiters und Leutheuser-Schnarrenbergers siegessicher verkünden, daß im Interesse des Gemeinwohls es jetzt endlich gelänge, die >>Einwanderung zu steuern<< und den >>Rechtsextremismus zu verhindern<<. Was Rechtsextremismus und das Recht auf Asyl miteinander zu tun haben, scheint keiner Erläuterung mehr zu bedürfen.
Tatsächlich besteht ein Zusammenhang, aber eben jener, den die Bonner Kompromißler dabei sind, endgültig abzustreiten. Der Satz "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" ging ein in das Grundgesetz des von den West-Alliierten durchgesetzten bürgerlichen Rechtsstaates BRD, nachdem das nationalsozialistische Deutschland die europäischen Juden vernichtet, Sinti und Roma, Behinderte, Homosexuelle, Kommunisten und Sozialisten ermordet, als >>arbeitsscheu<< und >>lebensunwert<< aussortierte Menschen umgebracht hat. Die einzige Hoffnung aller Verfolgten, dem Tod zu entrinnen, war eine Flucht aus Nazi-Deutschland und vor dem rassistischen Volk. Der Artikel 16 hatte die im Rahmen der Bonner Republik mögliche, symbolische Funktion, das Wissen darum aufrecht zu erhalten.



In der Grundgesetzänderung kulminieren die jahrelangen Debatten unter dem Motto >>Das Boot ist voll<<, die im Kontext der Vereinigung schließlich völkische Kategorien ansteuerten. Indem CDU/CSU, FDP und SPD politische Forderungen der Rechtsextremisten zum Interesse des Gemeinwohls erklären, wird das historische Bewußtsein, für das der Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 stand, endgültig zu zerstören versucht. Das in Bitburg und durch den Historikerstreik in Gang gesetzte kollektive Vergessen erhält normativen Charakter und dient als Eintrittsbillet für das neue Deutschland: Der Nationalismus, der derzeit die politischen Auseinandersetzungen hierzulande dominiert und jede Äußerung, die nicht von tiefer Sorge um das nationale Wohl getragen ist, auszugrenzen und mundtot zu machen sucht, ist seit der Eingliederung der DDR in eine neue Qualität umgeschlagen. Der zunehmende Verlust von Opposition gegen diesen Nationalismus datiert jedoch aus der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD im vergangenen Jahrzehnt. Von der Mobilisierung der >>Gemeinschaft aller Demokraten<< gegen die StaatsfeindInnen der späten siebziger Jahre, über deutschnationale Argumentationen in der Friedensbewegung Mitte der achtziger, bis hin zur Wiederentdeckung des >>nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen<< spannt sich ein Bogen. Auch große Teile der vormalig linken Opposition gliederten sich in den nationalen Diskurs ein und erhofften den Eintritt in eine zivile Republik. Der Prozeß des Vergessens, der Normalisierung unterstützt auch die Enthemmung des Untertanen und zeigt Kontinuitäten rassistischer Zuschreibungen in Deutschland. Innerhalb der vermeintlichen Zivilgesellschaft wird dies besonders deutlich an der fortwährenden Diskriminierung und erneuten Vertreibung von Sinti und Roma. Die Pogrome seit der Vereinigung fanden nicht trotz der deutschen Geschichte statt, sondern im Bewußtsein der erfolgten Deportation und Vernichtung, im Bewußtsein ihrer Machbarkeit. Deswegen sind die rassistisch Handelnden ernstzunehmen und nicht als bloß irrational Protestierende abzutun. Ob sich Gewalt nämlich gegen Herrschende oder Unterdrückte richtet, deren Diskriminierung gesellschaftlich akzeptiert ist, ist keine Nebensache, sondern der Unterschied ums Ganze.

DER BUNDESTAG BESCHLIESST...

Im Unterschied zu der seit Ende der siebziger Jahre betriebenen Aushöhlung des Asylrechts durch Beschleunigungsgesetze (Abschaffung des Widerspruchsverfahrens, Einzelentscheiden etc.) und Sofortprogramme (Versagung der Arbeitserlaubnis, Sozialhilfe als Sachleistung etc.) sieht der neue Asylartikel die fast vollständige Abschottung des Staatsgebietes der BRD gegen Flüchtlinge vor. Der bisherige Artikel 16 bot zumindest für Männer - viel eingeschränkter für Frauen - die Möglichkeit, sich für die Zeit des Verfahrens legal in der Bundesrepublik aufzuhalten. Wer dagegen künftig aus einem sogenannten >>sicheren Drittland<< einreist, und das sind alle Anreinerstaaten der BRD, alle EG-Länder, Polen, Österreich, die Tschechische Republik und die Schweiz, kann sofort abgeschoben werden. Damit gibt es de jure für Flüchtlinge keinen Landweg in die Bundesrepublik mehr. Und auch über den Luftweg, auch bei Vermeidung einer Zwischenlandung in einem >>sicheren Drittland<<, konnen Flüchtlinge durch die schwer erfüllbaren Visa-Bedingungen der BRD und deren Kontrolle durch die Fluggesellschaften Deutschland kaum noch legal erreichen. Zusätzlich wird per Gesetz eine absurde Liste sogenannter Nichtverfolgerstaaten erstellt, die den gleichen Zweck hat - sofortige Abschiebung ohne gerichtliche Einzelfallprüfung.

Die faktische Gewalt dieser gesetzlich geregelten Abschottung wird sich also auf den Flughäfen, an den Grenzen und außerhalb vollziehen. Die rechten Technokraten bereiten die entsprechenden Maßnahmen für die Abschiebepraxis vor: Innenminister Seiters plant mobile Infrarot- und Radargeräte zur Überwachung der deutschen Ostgrenze. Nach dem Muster des deutsch-rumänischen Abkommens >>über die Rücknahme von deutschen und rumänischen Staatsangehörigen<< hat das Innenministerium am 18. Januar 1993 Verhandlungen mit der polnischen Regierung über finanzielle administrative Hilfe bei der Abschiebung, der Verhinderung erneuter Einreise und dem Rücktransport von AsylbewerberInnen aufgenommen. Verhandlungen mit der Tschechischen Republik sollen folgen. Die geplanten Maßnahmen und Abkommen zielen auf die Errichtung von Pufferzonen im Osten. Die Sammellager in der Bundesrepublik werden so durch exterritoriale Internierungslager im Interesse der europäischen Hegemonialmacht Deutschland ergänzt.

... DEN BUNDESTAG BLOCKIEREN!

Angesichts tagtäglicher rassistischer und antisemitischer Angriffe in Wort und Handlung, angesichts der Verbreitung rassistischen und faschistischen Denkens - gerade hier in Deutschland - liegen unsere unmittelbaren Handlungsmöglichkeiten darin, den Verfolgern da zu begegnen, wo sie auftreten, den Preis für rassistisches Handeln möglichst hoch zu treiben und die Zustimmung zum neuen Asylgesetz so schwer wie möglich zu machen.

Für den Tag der dritten Lesung des Artikels 16a ist die Blockade des Bundestags die Aktion, die den nationalen Konsens von Regierenden und Regierten, den rassistischen Normalzustand angreift. Die Demonstration gilt der Solidarität mit den Verfolgten und auch der Aufkündigung der rassistischen Gemeinschaft mit den Verfolgern - den Faschisten, den Claqueuren und den Technokraten.

Unsere Absicht ist, die Hauptzufahrtswege zum Bundestag so wirksam wie möglich zu blockieren. Da die Polizei am Tag der Abstimmung das Bonner Regierungsviertel vorraussichtlich weiträumig abriegelt, werden die Blockadepunkte außerhalb der Bannmeile liegen; als gemeinsamer Sammelpunkt wird ein Kundgebungsort nahe der Bannmeile angemeldet.

(...)

FÜR HAMBURG:

Wenn sich genug Leute finden, werden für den Tag der Abstimmung Busse organisiert. Nähere Informationen über den Stand der Vorbereitung gibt es beim bundesweiten Infotelefon **(0202/311 790)** sowie beim antirassistischen Telefon **(431587)**.

Sobald der genaue Termin der Abstimmung feststeht, wird es vier Tage vorher ein offenes Plenum in der Roten Flore geben.

Vorbereitungsplenum Tag X





Zur neuesten STEG-Idee in Sachen Umstrukturierung im Karo1/4

Liebe STEG,
ich muß Euch unbedingt schreiben, nachdem ich Euren Bericht zur Situation im Karolinenviertel erhalten habe. Ich habe Eure anständige und aufrechte Haltung, schon in der Vergangenheit bewundert: alle haben Euch angefeindet, Ihr würdet über die Interessen der hier lebenden Menschen hinweggehen, Vertreibungspolitik organisieren, die Stadtteile umstrukturieren wollen. Das war schon damals Propaganda, Ihr seid immer dicht an den Problemen der hier lebenden Menschen im Stadtteil gewesen, das kann man Euch wirklich nicht nehmen. Das hat man auch gleich bei der Einführung in Eurer Broschüre gemerkt: "Marode Bausubstanz vieler Wohnhäuser, Verkehrsprobleme und ein überdurchschnittlicher hoher Ausländeranteil der Wohnbevölkerung sind einige Charakteristika, mit denen man das Viertel beschreiben kann." habe ich auf Seite 2 gelesen. Wißt Ihr, das mit den Wohnungen wird mit der Sanierung von Euch besser und wenn die Verkehrssperre an der Marktstr. weg ist, gibts dann keine Probleme mehr für den Verkehr; aber das mit den Ausländern ist ein echtes Problem.
Und es gibt ja wirklich "Mißverständnisse und offensichtliche Falschinformationen", wenn "Sinti, jugoslawische Roma, rumänische Roma, Asylanten und Gastarbeiter auf einen Nenner gebracht werden"- Wie kann man denn die ordentlich arbeitenden Gastarbeiter
einfach mit Roma und Scheinasylanten in einen Topf werfen?
Und überhaupt räumt Ihr mit den Fehlinformationen ordentlich auf:
"Obwohl keine der hier vorgestellten Volksgruppen sich selbst "Zigeuner" nennen und der Begriff in seiner Herkunft eindeutig abwertender Natur ist, wird er hier als Sammelbegriff verwendet." habe ich auf Seite 7 erfahren. Manno-mann, Ihr geht ganz schon ran; ich hab immer gedacht wir als Deutsche und so, sollten wegen den Vergasungen bei Hitler lieber ein bißchen Rücksicht nehmen, aber Ihr habt eigentlich Recht: die leben in Deutschland und dann sollen sie auch deutsch sprechen, gell!?
Also die Zigeunerfrauen tragen bodenlange Röcke und bunte Kopftücher, jedenfalls steht das in den Büchern, die Ihr gelesen habt und außerdem steht in Euren Büchern, daß die Zigeuner, die sich Roma nennen, laut und exotisch seien, schreibt Ihr auf Seite 9.
Ihr habt noch rausgekriegt, daß die Zigeuner eine "Offenheit für das Irrationale" hätten; das habt Ihr schön gesagt, denn wenn die wirklich nur wegen dem Kindergeld so viele Blagen kriegen, ist das echt verrückt, weiß doch jeder, das man davon keine Familie durchkriegt...oder wie ist das auf Seite 12 gemeint bei Euch: "Noch heute gewinnt ein Ehepaar durch große Kinderzahl an Ansehen und Bedeutung, speziell durch die damit verbundene materielle Versorgung (u.a. Kindergeld). "Ihr wißt so ganz gut bescheid, auch wenn Ihr offen zugebt, daß Ihr Unklarheiten habt, wie auf Seite 17: "Es drängt sich die Frage auf, warum es den Sinti und den Roma bisher nicht gelungen ist, in die Gesellschaft hineinzuwachsen." Ich kann Euer Unverständnis gut verstehen, denn nur an der schlechten Bildung, wie Ihr dann überlegt, kann es nicht liegen.
Daß Ihr wegen Mölln und Rostock klare Worte findet, macht uns Deutschen Mut: "Gerade unter dem Aspekt der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit ist es notwendig, den Roma im Karolinenviertel Perspektiven, aber auch Grenzen aufzuzeigen." steht auf Seite 28 - wir Deutsche können uns doch nicht von den Asylanten auf der Nase herumtanzen lassen, alles hat doch seine Grenzen, wo wir's mit der Wiedervereinigung schon schwer genug haben.
Und da muß doch mal was passieren ! Ihr habt in Eurer Einleitung auf Seite 4 deswegen geschrieben: "So sehr auch Einigkeit herrscht ob des zu erreichenden Ziels, nämlich der Verbesserung der Lebensqualität für alle Bewohner des Viertels, so uneinig ist man sich über die anzuwendenden Methoden." Wegen der Methoden kriegen wir alle gemeinsam bestimmt was hin, hauptsache wir ziehen am gleichen Strang, Mittel und Wege haben wir schon immer gefunden...
deswegen ist das mit dem Roma-Haus, das Ihr plant, eine wirklich gute Sache ! Erst dachte ich beim Lesen des Berichts, daß das wohl nix wird, als in der Zigeunerbefragung rauskommt, daß 3/4 von denen das kategorisch ablehnen und Ihr dann noch in der Beurteilung auf Seite 51 schreibt: " Die Idee eines Roma-Hauses wurde von den meisten der Befragten rundheraus abgelehnt. Gründ hierfür waren die fehlende Individualität und damit verbundene Ghettoisierung." Mein Gott, die stellen sich an, wo die das doch gewöhnt sind. Ihr laßt Euch das zum Glück nicht madig machen, wie ich dann

acht Seiten später gelesen habe: "Trotz der überwiegenden Skepsis dem "Romahaus" gegenüber muß hier festgehalten werden, daß der Wunsch, die Konflikte zu deeskalieren, von vielen Familien angesprochen wurde. Da es hier nie zu Vorschlägen bzw. einer Verhaltensänderung kam (...) sollte man die Überlegung, mehrere Romafamilien in einem Haus unterzubringen, nicht sofort wieder verwerfen." Richtig so, nicht gleich aufgeben und Ihr habt dann ja schnell eine Entscheidung getroffen, schließlich habe ich eine Seite später gelesen: "Kurzfristig, bis zur Realisierung eines "Roma-Hauses", wird sich die STEG für die

Unterbringung (...) in bestehender Bausubstanz (...) einsetzen." Da soll mal einer sagen, daß Ihr von der STEG nix auf der Pfanne habt ! Macht weiter so, Ihr seid jetzt endlich auf dem rechten Weg ...

Viele Grüße von Andreas Walter



Kein Weg für die STEG !

Zur aktuellen Situation des Roma-Clubs

Vor etwa zwei Jahren erhielt der Verein der Roma im Karolinenviertel auf Druck von UnterstützerInnen in der Glashüttenstr. 99 im Keller knapp 50 qm "große" Räumlichkeiten von der STEG zur Verfügung gestellt. Schon damals wiesen die UnterstützerInnen die STEG darauf hin, daß dies keine langfristige Lösung sein kann, da Konflikte vorprogrammiert waren. Für die über 200 Mitglieder des Vereins war der Keller hoffnungslos zu klein, BewohnerInnen des Hauses fühlten sich durch Lärm belästigt und es kam, wie es kommem mußte: einige Mietparteien strengten Klagen gegen den Verein an, die schließlich im Dezember 1992 zu einem
rechtkräftigen Räumungstitel führten. Der Roma-Verein konnte noch eine Verlängerung der Räumingsfrist bis zum 22.02.93 erreichen, um Ausweichmöglichkeiten, auch mit der Hilfe der STEG zu finden. Diese Versuche sind nun gescheitert. Der STEG lag offenbar mehr daran, über die Räumung der Vereinsräume gleichzeitig sich der Konflikte innerhalb des Karoviertels mit den Roma zu entledigen, als eine konstruktive Lösung mit den Betroffenen zu suchen. In altbekannt arroganter Manier setzte die STEG dem Verein "Lösungen" vor die Nase: ein Container auf der Feldstr. direkt gegenüber des U-Bahneingangs und die Nutzung der Kellerräume der Karolinenstr. 35 waren die STEG-Highlights in der Liste der Unverschämtheiten. Vorschläge der Roma, u.a. Pavillions auf dem Parkplatz Ölmühle zu errichten, wurden von der STEG als nicht gewünscht abgetan. Parallel zu dieser Auseinandersetzung ließ die STEG dann einen Bericht erstellen, der die Situation der Roma im Karolinenviertel untersuchen sollte. Nach seiner Veröffentlichung vor wenigen Wochen wurde endgültig klar, daß die STEG die Roma als ein "Problem" betrachtet, daß nur mit den bekannten Mitteln der Vertreibung gelöst werden kann.
Nach einem Go-in bei der STEG am 22.02. (wo erstmal drei Bullen der 16E-Schicht

rausgeworfen werden mußten) ließ sich die STEG zu einem Gesprächstermin am 26.02. herab und verzichtete bis dahin auf die Durchsetzung ihrer Titel . Inzwischen tagten Sanierungsbeirat und Stadtplanungsausschuß und forderten die Realisierung des Romavorschlags für die Ölmühle und die offizielle Rücknahme des Berichtes. So erschien am 26.02. ein offensichtlich auf Linie gebrachte

STEG-Vertreter, der erklärte, daß die STEG die Räumung der Vereinsräume auch ohne Ausweichmöglichkeiten durchziehen wird, wenn sie das für angesagt hält. Ansonsten waren sie beleidigt, daß die Bezirksgremien den Roma-Vorschlag aufgenommen haben und dabei sogar noch die Aussetzung der Räumungstitel von der STEG verlangten.
Da völlig ungewiß ist, wann die Pavillions auf der Ölmühle realisiert werden können, ist der Roma-Verein in einer schwierigen Lage, da es durch die starre Haltung der STEG derzeit keine Ausweichräume gibt.

Der einzige "Schutz" für den Verein besteht darin, daß sich die STEG im Moment noch keine dreiste Räumung leisten kann, da insbesondere die Karo-Ini zumindest innerhalb des Karo-Viertels Gegenöffentlichkeit schaffen konnte. Die weitere Entwicklung in der Auseinandersetzung wird auch davon abhängen, inwieweit die Roma breite Unterstützung erhalten.



Jugendarbeit in Rostock

Wenn Rechtsradikale in Rostock-Lichtenhagen ein Flüchtlingslager in Schutt und Asche legen, kann man ja schon mal ein Auge zudrücken. Da gibt es nicht nur Absprachen mit den Bullen, die dem Mob ermöglichen, stundenlang ungestört zu agieren, da treten auch PolitikerInnen auf den Plan und werben für Verständnis mit diesen Jugendlichen, deren Haß und Aggression gegenüber Flüchtlingen aufgrund ihrer eigenen soziale Situation doch nachvollziehbar sei. Zu guter letzt bekommen die "armen Jugendlichen" Geld und Räume (zur Vorbereitung weiterer Aktionen?) zur Verfügung gestellt - und alle sind glücklich und zufrieden. Aber Juggendarbeit kann auch ganz anders aussehen:



Am 4.Februar wurde nach 5 Tagen Besetzung das selbstverwaltete Jugendprojekt "VEB Neue Hoffnung" von den Schergen geräumt. Dieses Zentrum sollte linken Jugendlichen die Möglichkeit zu Eigeninitiative und Kommunikation bieten, verschiedene Aktivitäten (Café, Kino, Sport, Archiv gegen Ausländerhaß etc.) waren geplant. Die BesetzerInnen forderten Verhandlungen mit der Stadt, jedoch ohne Erfolg: 150 Bullen kamen statt Verhandlungspartnern.
Das Projekt plant irgendwann ein neues Haus zu besetzen.
Wünschen wir Ihnen Entschlossenheit und Kraft im Kampf gegen die Herrschenden und ihrer "Sympathisanten"!

ADRESSEN

Rote Flora: Schulterblatt 71, 2000 Hamburg 36 Tel.4395413
B5: Brigittenstr.5, 2HH 36
Klausstraße: Klausstr. 12-16, 2HH50
LIZ (Libertäres Zentrum): Lagerstr. 27, 2HH36 Tel.4301390
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 2HH36 Tel.446095
Störtebecker: Bernhard-Nocht-Str., 2HH36
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstr., 2HH36
Café Frau Döse: Bartelsstr.10, 2HH36 TEL.4304590
Turm: Bergiusstr.12, 2HH50
Jäpa: Wohlwillstr.22 (Hinterhof Jägerpassage), 2HH36
B-Movie: Brigittenstr.5, 2HH36
Lobuschstraße: Lobuschstr., 2HH 50 (Nähe U-Bahn Altona)
Haus 3: Hospitalstr.107, 2HH50
KSK: Kleiner Schäferkamp 46 ,2HH36

VOKÜPLAN

Mo: 19.30 Hafen
20.00 Jäpa (vegetarisch)
Di 20.00 alle 2 Wochen B5 (vegetarisch)
19.30 Hafen
Mi 20.00 Klausstr. (vegetarisch)
19.30 Hafen
Do 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
Fr 20.00 Turm (vegetarisch)
19.30 Hafen
19.30 Flora
So 19.00 Flora (vegetarisch oder vegan)
19.00 KSK (vegan) (14 tägig)
täglich 12.00-16.00: Frühstück, Tante Hermine



PROZESS GEGEN HOLGER - SCHON WIEDER !

Der Text zu Holger ist der erste Teil aus seinem Prozeßflugblatt "Prozeß gegen Holger - schon wieder !" Das Flugblatt zeichnet die Geschichte des bereits stattgefundenen Prozesses genau nach und schätzt Verhalten und Vorgehen des Apparates, insbesondere der Justiz unserer Meinung nach richtig ein. Das Flugblatt ist u.a. im Schwarzmarkt und der Vokü erhältlich. Der Vorsorge halber haben wir auch eins in den ZECK-Ordner getan. Aus Platzgründen konnten wir das ganze Flugblatt (leider) nicht veröffentlichen.



Wir wissen, daß am 1. März vor dem OLG-Hamburg der erneute Prozeß gegen Holger Deilke beginnt. Wir wissen auch, daß Anfang März Ralf und Knud freigesprochen werden. Deswegen wissen wir drittens, daß so Manche aus Hamburg Zeit haben müßten, mal vorbeizuschauen. (Sievekingsplatz ist doch ein Klacks im Vergleich zu Itzehoe).
Holger Deilke ist am 2.10.91 vom OLG Hamburg zu 3 Jahren Knast wegen Mitgliedschaft in der RAF verurteilt worden. Die meisten von euch werden sich vermutlich daran erinnern, wie die Verhaftung von Ute und Holger damals im Dezember '89 in Tönning/Schleswig Holstein, als großer Schlag gegen "Attentäter" von Herrhausen abgefeiert wurde. Bis zum Prozeßbeginn im April 91 war von Herrhausen allerdings keine Rede mehr. Da hatten sie die Suppe wohl doch etwas zu heiß gekocht. Gegen das Urteil in diesem Prozeß wurde seitens der Verteidigung Revision eingelegt - das ist ein formeller Weg, gegen ein solches Urteil Beschwerde einzulegen - vor allem wegen der Verurteilung wegen "Mitgliedschaft". Es ist nicht hinzunehmen, daß sie nach Gutdünken und/oder Opportunität ihren Paragrafenhammer durchsetzen und für weitere Verfahren auch noch darauf aufbauen können. Der Revision wurde - was eine Seltenheit ist, vor allem in §129a-Verfahren - stattgegeben, die Verurteilung wegen "Mitgliedschaft" wurde aufgehoben und das ganze Verfahren wurde zur Neuverhandlung an einen anderen OLG-Senat in Hamburg abgegeben. Das ganze wird also staatlicherseits immer kleiner gekocht. Das ist ein kleiner Erfolg der Solidaritätsarbeit im letzten Prozeß und ein Erfolg der guten Arbeit Holgers und seiner AnwältInnen. Trotzdem ist der Revisionsprozeß noch lange nicht UNSER Prozeß - sowieso nicht und weil nach unserer Einschätzung der OLG Richter Erdmann (der nach seinem Lebenslänglich-Urteil gegen den alten Antifaschisten Gerhard Bögelein die Erfolgsleiter hochgerutscht ist) Holger zwar nicht wegen "Mitgliedschaft" oder Unterstützung verurteilen wird, aber den §129a in die Urteilsbegründung einbauen will, um das Urteil weiterhin für den Staatsschutz verwertbar zu machen. Das ist ein mieser Trick und bedeutet, daß weiterhin, wie im ersten Urteil, willkürlich



Kriterien für Verhaltensmuster festgeschrieben werden, die dann angebliche Beweiskraft für die Verurteilung wegen "Mitgliedschaft" in der RAF haben. Die Festschreibung dieser Kriterien bedeutet, daß alle radikalen Linken, die sich - warum auch immer, illegal bewegen, gleich mit einer Verurteilung wegen "Mitgliedschaft" bedroht sind, wenn sie erwischt werden. Ohne ihre §129a Logik ist der jetzige Prozeß gegen Holger allenfalls ein Fall fürs Amtsgericht.

Wir wollen den §129a weder im Urteilsspruch noch in der Urteilsbegründung drin haben. Das ist unser konkretes Ziel in der Prozeßarbeit! Wir fordern euch auf, unsere Arbeit durch Prozeßbesuche zu unterstützen, fragt andere ob sie nicht mitkommen wollen. Redet darüber!

Eine andere, darüberhinausgehende große Mobilisierung können wir uns nicht vorstellen. Wir wollen für uns und mit euch rauskriegen wie es gehen kann ohne abgehobene Ansprüche den Prozeß zu begleiten. Im letzten Prozeß zeigte unser Dranbleiben auch Erfolg!
Weitere Prozeßtermine: 3., 5., 9., 10., 15., 17., 19., 23., 24., 29. und 31. März im Saal 288 jeweils 9 Uhr

Am 3.3. ist Infocafé im Café Döse in der Bartelsstr. Wir machen um 18.00 Uhr auf und erzählen ab 19.00 Uhr vom Prozeß gegen Holger und von den Kronzeugenprozessen gegen Gefangene aus der RAF. Ihr seid herzlichst eingeladen.



Das Infocafe im Schanzen 1/4, das Cafe Fr. Döse e.V.
lädt zu folgenden Öffnungszeiten herzlichst in seine Räume in der Bartelsstraße 10 ein:
Dienstag: 17-22⁰⁰ **Männercafe**
Mittwoch: 1+3 im Monat 15-22⁰⁰ **Infocafe für politische Gefangene**
Donnerstag: 15-18⁰⁰ **Arbeitslosen- und Sozialhilfeberatung (statt Lindenallee)**
Freitag: 15-20⁰⁰ **Cafe**
Samstag: 12-18⁰⁰ **Frühstück**
Sonntag: 11-20⁰⁰ **Frühstück**

VERANSTALTUNGEN IM MÄRZ



01.03. - **20.03** Fotoausstellung des Foto-Archiv-Kollektiv zum Lauegelände im Kino 3001, Schanzenhof

06.03. Konzert mit: Blumfeld, Cucumber Men
danach Disco mit: Crucial Vibes Sound System
(Solikonzert für die Tegethoff-Gruppe)
21 Uhr, große Halle

08.03. Vollmondorchester
21 Uhr

12.03. Clever & Smart Blues Band (Blues & Ragtime)
21 Uhr, Leoncavallo Raum

13.03. 'Zur Aktualität von Malcolm X'
Dokumentarfilm, Vorträge, Diskussion
ab 16 Uhr
Black Beat Party mit Rulin'Sound
ab 22 Uhr

Am 4. März läuft Spike Lee's Film 'Malcolm X'in den Kinos an. Anläßlich des zu erwartenden Pressersummels und der einsetzenden Vereinnahmung des 'black militant'durch das Establishment werden ab 16 Uhr der 1972 gedrehte Dokumentarfilm über Malcolm X gezeigt, sowie Vorträge zu seiner Person und Informationen zu politischen Gefangenen in den USA gegeben.
Der Abend soll mit einer Black Beat Party (Rulin'Sound System) ausklingen. Die Veranstaltung zum T-Shirt.

15.03. - Ausstellung Sprachloses Exil'
01.04. Fotoausstellung über das Leben in Sammelunterkünften und Wohnschiffen in Hamburg
tgl. 16 - 22 Uhr, Leoncavallo Raum
Die begleitenden Veranstaltungen zur Ausstellung stehen unter dem Artikel dazu (S.9)

20.3. Kellerkonzert: Just Tryin' & Acid Rain Dance
21 Uhr, Keller

25.03. Konzert mit: Circus Lupus (Washington DC)
21 Uhr

Eine typische Dischord - Band: Rockiger Hardcore mit schnodderigem Gesang. Circus Lupus aus Washington DC begannen im Frühjahr 1990 und haben nach einigen unbeachteten Platten und mehreren US - Touren mit ihrer neuesten LP Ptuper Genius'auch in Europa einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt.
(P.C. Stempel der Veranstaltungsgruppe)



BUCHHANDLUNG YOL

12.o3. Solidaritätsfete mit Live - Musik und Disco
5 JAHRE BUCHHANDLUNG YOL
Veranstalter: Yol Kitabevi
20 Uhr, Parterre

14.03. Film "Lebt wohl Freunde" v. Teufik Baser
13 Uhr, 3001 Kino

VORSCHAU APRIL

01.04. Roving Bottles, 21 Uhr
03.04. Yok Quetschenpaua, 21 Uhr

STÖRTEBECKER

22.03 "Sofahead" aus Darlington, GB
21.00 Uhr

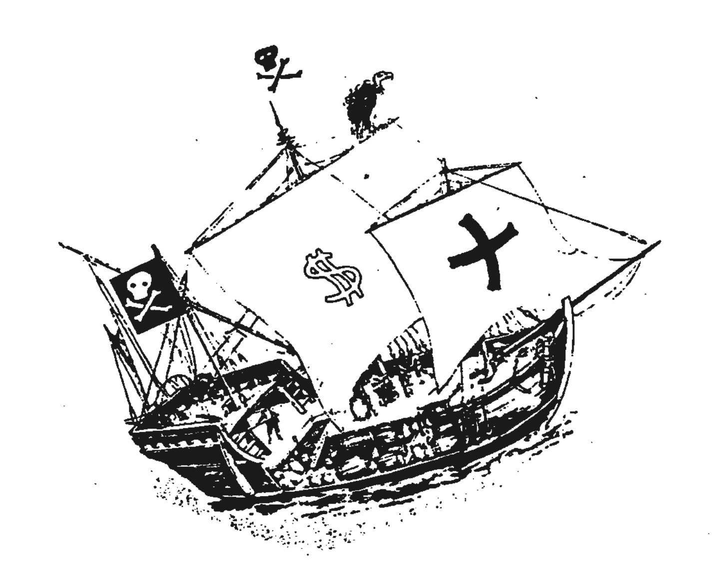
Weitere Veranstaltungstips findet Ihr im Nichtkommerziellen Veranstaltungskalenda

Lesenswertes gegen den Weltwirtschaftsgipfel:

Das Jahr 1992 ist vorüber. In diesem Jahr feierten die HERRschenden dieser Welt das Jubiläum der 500jährigen Eroberung und Kolonisierung Amerikas. In allen Ländern wurde versucht, dieser imperialistischen Selbstbeweihräucherung entgegenzuarbeiten und Verbindungen zu den aktuellen Entwicklungen herzustellen.
In Deutschland insbesondere bei und mit den Aktivitäten gegen den diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel in München.
Der "Münchner Kessel" gegen das Auspfeifen der Machthaber ist noch Allen bekannt und zu einem stehenden Begriff geworden. Aber darüber hinaus gab es in München viel mehr Aktivitäten. Zum Beispiel einen versuchten internationalen Gegenkongress, eine Großdemonstration und Aktionstage.
Wir können einige Veröffentlichungen ankündigen, die von den Ereignissen und Aktionen gegen den WWG berichten und eine Auswertung versuchen:

- "FLUGSAND - FORUM 1/INTERNATIONALER GEGENKONGRESS"
Dieses Buch dokumentiert die Reden und Diskussionen in den Arbeitsgruppen des Forum 1 in München. Mündliche und schrifftliche Beiträge der ReferentInnen aus der ganzen Welt werden veröffentlicht. Das Forum hatte den Titel: "500 Jahre Unterdrückung und Widerstand/Demokratie und Menschenrechte in der 'Neuen' Weltordnug". Weiter enthalten: Der Wortlaut der eindrucksvollen Soli-Veranstaltung mit den politischen Gefangenen, Berichte und Einschätzungen um den Internationalen Gegenkongress und Interviews.
Format 20x27cm, ca. 150 Seiten, 10 DM(7DM Mengenrabat)

- "ANTI WWG-DOKU - ZUR MOBILISIERUNG GEGEN DEN WWG 92"
Diese Dokumentation enthält eine Chronologie der Mobilisierung und Ereignisse, Diskussionstexte aus der Vorbereitung, Reden und Grußworte auf der Demonstration und während der Aktionstage, Texte aus der Frauen-Mobilisierung und einen Überblick zum Gegenkongress und sieben Foren.
DinA4-Format, 160 Seiten, 10 DM
(Größere Bestellungen bitte an: Doku-Gruppe c/o Stadtratte, PF 221114, 8000 München 80)



- "DIE MÜHEN DER EBENE"
Dieser Diskussionstext der Gruppe 'Kein Friede' geht auf Fragen aus der Anti-WWG-Mobilisierung ein und versucht, sie in den Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Veränderungen zu stellen: Von der Spaltung des Ichs zur Spaltung der Klasse zur Spaltung der Völker. Weitere wichtige Ereignisse des Jahres 92, wie die 'Feuerpause' der RAF und die mögliche Freiheit der politischen Gefanenen werden diskutiert.

Format 16x23cm, 64 Seiten, 3DM (2DM Mengenrabat)



Bestelladresse: AWI-1992 c/o "3.Welt"-Haus, Westerbachstr.40
6000 Frankfurt/M 90

Das Foto Archiv Kollektiv zieht in die Flora

Wir, die das Foto-Archiv-Kollektiv Ende 1991 gegründet haben, haben uns durch die politische Arbeit in verschiedenen Gruppen kennengelernt. Widerstand in den unterschiedlichsten Bereichen - wie z.B. Häuserkampf, Antirassismus oder gegen Sozialabbau - versuchen wir in eine Bildsprache umzusetzen, die der Lebensfreude, Vielfältigkeit und Widerspenstigkeit der Menschen entspricht. Wir sind nicht abgehobene Beobachter. Unsere Bilder entstehen aus der Perspektive der Kämpfenden, die sich wehren gegen unterdrückende Strukturen und Freiräume schaffen außerhalb herrschender Normen. Gerade weil eine solche Position in der herrschenden Medienlandschaft nicht erwünscht ist, ist es uns wichtig, die nicht kommerzielle (Gegen-) Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen und zu fördern. Neben der politischen bzw. sozialen Fotografie ist es uns wichtig, auch andere Inhalte zu vermitteln durch Arbeiten, die Gefühle oder Stimmungen ausdrücken, die bestehende Sichtweisen durchbrechen und persönliche Eindrücke darstellen.



Wir verstehen uns als Kollektiv, weil das für uns eine hierarchiefreie Organisationsform bedeutet. Dies ist auch eine politische Aussage über unsere Umgehensweise mit anderen Menschen.
Bis Mitte April ist unsere Kontaktadresse der Buchladen Café & Buch. Um für InteressentInnen Wort und Bild zu den jeweils gefragten Themen an einem Ort anbieten zu können, haben wir uns entschlossen, mit dem "Archiv der sozialen Bewegungen" gemeinsam in die Rote Flora einzuziehen. Es ist damit die Zerstückelung der Gegenöffentlichkeit, gegen den kapitalistischen Medienmarkt, ein wenig aufgehoben. Durch die räumliche Nähe und zukünftige Zusammenarbeit besteht für beide Archive die Chance, gemeinsam Projekte zu entwickeln.An dieser Stelle sei den Leuten von Café & Buch dafür gedankt, daß wir unser Archiv in ihrem Buchladen auslegen konnten.Ab Mitte April also könnt Ihr unser Material in der Roten Flora einsehen und Bestellungen aufgeben. Bestellte Fotos erhaltet Ihr zum Selbstkostenpreis, nur professionell arbeitende Redaktionen zahlen Honorare.
Die Kündigung der alten Räume des "Archivs der sozialen Bewegungen" in der Thadenstraße ist wieder einmal ein Beispiel dafür, daß immer mehr nichtkommerzielle Gruppen und Initiativen durch Mietsteigerungen aus ihren Räumen vertrieben werden. Die Freiräume für nichtkommerzielle Gruppen werden immer kleiner. Die Bedeutung von Zentren wie der Roten Flora, die Räume zur Verfügung stellen können, ist so immer offensichtlicher.
Der letzte Vorschlag in den Flora-Verhandlungen mit der STEB, ca die Hälfte des ersten Stockwerks wegzunehmen, stellt einen bewußten Angriff auf die Arbeit der Roten Flora dar und ist für uns nicht akzeptabel. Auch wenn es in der Selbstverwaltung der Roten Flora gegebenermaßen einige Mängel gibt, unterstützen wir dieses Modell und werden uns an den zukünftigen Auseinandersetzungen beteiligen.



ZUR VERURTEILUNG VON GERHARD BÖGELEIN

Solikonto G. Bögelein
Ktonr. 1228/128938
HASPA, BLZ.200 505 50

WIR BRAUCHEN LEUTE/GRUPPEN, DIE LUST HABEN, TRESENSCHICHTEN ZU ÜBERNEHMEN!!! Wer Interesse hat, kann sich beim Info-Café jeden Donnerstag melden.

RALF UND KNUD
Spendenkonto für Verteidigungskosten:
RA Beuth
Anderkonto "Knud und Ralf"
Hamburger Sparkasse
Kto-Nr.: 1250/124029
BLZ: 200 505 50

INFO-CAFÉ IN DER FLORA
JEDEN DONNERSTAG 16.-21.30 UHR
Wer Informationen zur Roten Flora haben will- was war, was ist, was soll bloß werden- soll doch mal vorbeischauen. Die freundliche Tresenschicht gibt gerne Auskunft!!

FLORA-SPENDENKONTO
Konto: Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg, BLZ 200 100 20
Ktonr. 29492/202

Leute/Gruppen, die dauerhaft einen Raum in der Flora nutzen wollen oder sonst Fragen zur Raumverteilung haben, können sich dienstags zwischen 16.00 und 18.00 Uhr oder donnerstags beim Info-Café in der Vokü am Tresen erkundigen.

BUCHTIPS

Malcolm X, *Hrsg. Alex Haley*
Autobiographie
Agepa Press 1993, DM 39,80
Nonni Bolestrini

Entfernte Verbindungen
Rassismus - Antisemitismus -
Klassenunterdrückung
Orlando - Frauenverlag 1993
DM 29,80

Die Unsichtbaren
ehem. Weissmann Vlg. 1988
jetzt nur noch DM 18,00 gebnd.
Hügel u.a.

Heut' ist unsere Waffe Stoff-
morgen die Kalaschnikow !



Kindertagesstätte im Rathaus für mindestens 200 Kiddies !

Laßt 1000 Floras blühen !

Flora ist keine Wurst, ★ wir lassen uns nicht zerstückeln !

Unter dem Motto "Der Senat geht ins Netz" fand am 27.2. vor und um die Flora eine Transparentaktion statt. Die nebenstehenden Slogans dokumentieren nur wenige der zahlreichen High-Lights. Wir haben uns gedacht, wir drucken sie so groß ab, damit Ihr Eure Spucki-vorlagen nicht mehr extra layouten müßt und gleich mit der ZECK Nr.12 zum Kopierer gehen könnt, um dann mit tollen Flora-Spuckies Eure Wohngegenden zukleben zu können.

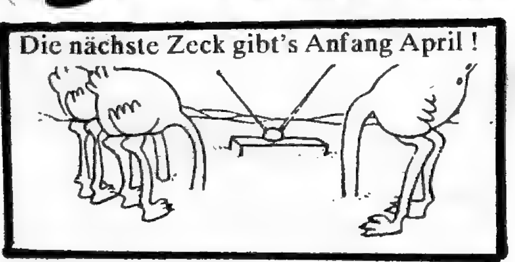
Eure Redaktion

"KOPIERT" die Flora überall !

FRAUEN FRIEREN LIEBER IN DER FLORA
ALS DRAUSSEN!

Traute - geh doch wo du wohnst




Die nächste Zeck gibt's Anfang April !